

Ulrike Eifler

**Gewerkschaftliche Machtressourcen zwischen
Autoritarismus und Aufbruch**

Globaler Protestzyklus und Globalisierung
des Autoritarismus

mit einem Vorwort von Heinz Bierbaum

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Zur Einführung: Die Legitimität der Herrschenden bröckelt Globaler Protestzyklus und Globalisierung des Autoritarismus

Die Welt steht in Flammen. Das konstatierte ein junges Autorenteam in einer fesselnden Globalreportage, die Anfang Januar 2020 in der Neuen Zürcher Zeitung nachzulesen war. Die These der Autoren: Im globalen Vergleich lässt sich seit dem Arabischen Frühling eine wachsende Wut unter jungen Menschen beobachten, die in weiten Teilen der Welt die Fundamente der politischen Systeme unterspült. Und die mehr verbindet als die Gleichzeitigkeit des Protestgeschehens. „Die Zeichen (...) stehen nicht auf Entspannung“, schreiben Kormann und ihre Kollegen mit Blick auf das Jahr 2020. „Sie stehen auf Sturm. Die schwächelnde Weltwirtschaft wird die Ungleichheit in vielen Ländern noch verstärken. Nichts deutet darauf hin, dass sich der Graben zwischen Arm und Reich verkleinert oder die Berufsaussichten für junge Leute sich verbessern. Der soziale Abstieg ganzer Bevölkerungsschichten wird sich kaum ins Gegenteil verkehren“ (Kormann u.a., 2020).

Im Rückblick wissen wir heute, dass das Protestjahr 2020 nicht den Verlauf nahm, den Kormann und ihr Team auf der Grundlage ihrer Beobachtungen vorausgesagt hatten. Die Pandemie hat das Leben überall auf der Welt verändert. Das Protestgeschehen hat sie jedoch nicht auf still gestellt. Es formierte sich vielmehr auf der Grundlage neuer sozialer und politischer Notlagen. Das zeigte sich bereits im Pandemiesommer 2020, als in Weißrussland junge Menschen wochenlang gegen die Wahlmanipulationen des Präsidenten Lukaschenko auf die Straße gingen. In den USA löst der Tod von George Floyd eine neue Black Lives Matter-Bewegung aus, die sich innerhalb weniger Wochen mit Wucht um den Globus spannte. In Frankreich gingen die Gilets Jaunes auch weiterhin gegen die steigenden Energiekosten auf der Straße. In Hong Kong lieferten sich Studenten aus Protest gegen das Sicherheitsgesetz Straßenschlachten mit der Polizei. Und aus Argentinien und Polen meldeten die Medien Demonstrationen für das Recht auf Abtreibung. Die Pandemie hatte überall auf der Welt die kritischen Kerne des Systems und seine Rücksichtslosigkeit gegen die populären Klassen sichtbar gemacht und auf dieser Grundlage die soziale Unzufriedenheit dynamisiert.

Dass die Krise der liberalen Demokratien und die wachsende Wut auf den herrschenden Status quo nicht nur progressive Demokratiebewegungen zu Tage

befördert, sondern auch rechten Umsturzphantasien Vorschub leisten kann, zeigte der 6. Januar 2021. Es war der Tag des „Sturms auf das Capitol“ in Washington. Anhänger des scheidenden Präsidenten Donald Trump drangen unter dessen Beifall in das Regierungsgebäude ein. Ihr Ziel: Die Bestätigung des Wahlsiegers Joe Biden durch Senat und Repräsentantenhaus verhindern. Drei Stunden lang herrschte in dem Gebäude das blanke Chaos. Sprengsätze wurden gefunden. Menschen starben. Der Vorfall war eine für die USA beispiellose Eskalation. Doch der Blick über die Grenzen des Landes zeigte: Der Aufstieg Trumps war weder ein nationaler Einzelfall, noch ist er ein kurzfristiges Phänomen. Vielmehr hat der durch Wahlen legitimierte Aufstieg autoritärer Führungspersonen in die politischen Entscheidungsarenen weltweit Konjunktur.

Globaler Autoritarismus oder Globalisierung des Autoritarismus?

Ein Blick auf diese Entwicklungen wirft die Frage auf, ob es sich um einen neuen globalen Autoritarismus oder vielmehr um die Globalisierung desselben handelt? Dabei wird deutlich: Ein globaler Autoritarismus als Bewegung erfordert ähnliche Rahmenbedingungen, ein untereinander abgestimmtes Vorgehen, zumindest gemeinsame Netzwerke autoritärer Bewegungen. Doch allein der Blick auf das Führungspersonal zeigt die Unterschiedlichkeit: In den USA ist mit Trump ein milliardenschwerer Unternehmer in die politische Klasse gewechselt. In Brasilien ist es der ehemalige Militärangehörige Jair Bolsonaro mit einer starken Machtbasis im Militär. In Teilen Europas handelt es sich mit Emmanuel Macron und Sebastian Kurz um Aufsteiger aus dem Staats- und Verwaltungsapparat. Die genannten Politiker unterscheiden sich wiederum gravierend von Viktor Orbán und Jaroslaw Kaczyński, die in den Zeiten des politischen Umbruchs von 1989 als Vertreter der Opposition ihren Weg in die Politik gefunden hatten. Der Pole Kaczyński etwa arbeitete Anfang der 1980er Jahre im oppositionellen Komitee zur Verteidigung der Arbeiter mit und war kurzzeitig Sekretär des Nationalen Büros der freien Gewerkschaft Solidarnosc. Und Orbán gehörte 1988 zu den Gründungsmitgliedern des Bundes Junger Demokraten (Fidesz). Er machte sich 1989 landesweit einen Namen, als er in seiner Rede anlässlich der Umbettung des 1958 hingerichteten Imre Nagy öffentlich den Abzug der in der Volksrepublik Ungarn stationierten sowjetischen Truppen forderte.

Ganz anders dagegen Putin, dessen Karriere als KGB-Offizier durch den Untergang der Sowjetunion beendet worden war. In dieser Phase des politischen Umbruchs hatte sich ein Teil der politischen Klasse in das Bündnis mit der neu entstehenden russischen Bourgeoisie gerettet. Es ist daher kein Zufall, dass sich

Putin heute auf mächtige Oligarchen stützt und als ehemaliger Chef des Geheimdienstes FSB (Föderaler Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation) über gefestigte Kontakte in den nationalen Sicherheitsdienst verfügt. Auch der türkische Staatspräsident Tayyip Erdogan umgibt sich – ähnlich wie Putin – mit schwerreichen Unternehmern, die ihm für milliardenschwere Infrastrukturaufträge die Treue halten. Erdogan steht dabei ebenso wie der indische Premierminister Narendra Modi für einen religiös-nationalistischen Kurs.

Im Unterschied zu Russland kam in China der ökonomische Bruch ohne einen harten politischen Bruch aus. Die sozialen Widersprüche der Reform- und Öffnungsperiode wurden allerdings mit Rückgriff auf autoritäre Politikmuster aus der Phase der Modernisierungsdiktatur unter Mao Zedong autoritär bearbeitet und unter den Bedingungen des digitalen Kapitalismus perfektioniert. Zugespitzt kann sogar festgehalten werden: Die autoritäre Eindämmung gesellschaftlichen Protestes wurde zur Grundvoraussetzung für das chinesische Wachstumsmodell. Je schneller sich der wirtschaftliche Aufschwung Chinas vollzog, desto härter mussten die sozialen Widersprüche unterdrückt werden. Technologische Entwicklung und der Einsatz digitaler Überwachungstechnologie gingen dabei Hand in Hand. Im Unterschied zu anderen autoritären Populisten versteht sich die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) jedoch ausdrücklich nicht als Teil einer rechten Bewegung. In der Betrachtung nimmt China daher eine Sonderrolle ein.

Bleibt noch die extreme, neofaschistische Rechte, die in den OECD-Staaten teils seit Jahrzehnten besteht, aber erst von der anhaltenden Krise des Kapitalismus nach oben gespült wurde. Der französische Front National (FN) hat unter Marine Le Pen in den letzten Jahren eine strategische Wende vollzogen und präsentiert sich als „entdiabolisierte“, erneuerte Partei. Dazu bemühte er sich um Anschlussfähigkeit an diejenigen, die mit Abstiegs Erfahrungen und Abstiegsängsten in der tief gespaltenen französischen Gesellschaft konfrontiert sind. „Zum nationalistischen Diskurs, der nie aus der Partei verschwand, kam (...) die Rede von einem ‘combat social’“ (Mäder 2022). Um das Image der ultrarechten Partei mit wiederkehrenden antisemitischen Ausfällen ihres Führungspersonals abzustreifen, benannte sich der FN 2018 in Rassemblement National (Nationalversammlung, RN) um.

Im Gegensatz dazu stellt die Vorsitzende der Fratelli d'Italia (Brüder Italiens), Giorgia Meloni, ihre Partei als erkennbar postfaschistisch auf. Im Parteesymbol der Partei lodert eine Flamme in den italienischen Nationalfarben grün-weiß-rot, ein Symbol, das auf die neofaschistische Vorgängerpartei Movimento Sociale Italiano (MSI) zurückgeht. In Fragen von Law and Order, nationaler Identität oder Migration tritt die Partei härter auf als die Lega Nord unter Matteo Salvini.

Trotz ihres positiven Bezugs auf den Faschismus ist sie nicht nur stärkste Kraft im rechten Lager, sondern liefert sich in den aktuellen Umfragen auch mit dem sozialdemokratischen Partito Democratico (PD) ein Kopf-an-Kopf-Rennen.

Im Unterschied zu Griechenland, wo die neofaschistische Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) nach den breiten Mobilisierungen gegen die Anpassungsprogramme der europäischen Institutionen keinerlei gesellschaftliche Relevanz mehr hat, hat sich das Stimmenergebnis der portugiesischen Chega (Jetzt reicht's!) bei den Parlamentswahlen 2022 mehr als verfünffacht. Hinsichtlich thematischer Schwerpunktsetzung, strategischer Ausrichtung und Kontakten ins Neonazi-Lager ähnelt die Partei der Alternative für Deutschland (AfD), die bei den letzten Landtagswahlen zunehmend Schwierigkeiten beim Wiedereinzug in die Landesparlamente hatte.

Es gibt Kontakte unter der extremen Rechten, die weit über die Grenzen Europas hinausreichen. Aber ein weltweites Netzwerk autoritärer Präsidenten und eine an gemeinsamen ideologischen Brüchen formulierte politische Zielvorstellung gibt es nicht. Zu unterschiedlich sind die Aufstiegsbedingungen. Zu unterschiedlich ihr politisches Vorgehen. Zu unterschiedlich auch ihre Erfolge und Niederlagen. Eindeutige Erklärungen oder Definitionen zu den Aufstiegsbedingungen autoritärer Populisten gibt es nicht. Und doch „wäre es unzureichend, nur von einem Nebeneinander ganz unzusammenhängender spezifischer Einzelfälle auszugehen“, schreibt Candeias und sucht eine Antwort in der Rückgewinnung oder Sicherung von Herrschaft auf der Grundlage des politischen Interregnums (Candeias 2019). Fest steht: Es ist eine allgemeine, globale Tendenz zum Autoritären auszumachen, die ihre Ursache in der globalen Krise des Kapitalismus zu haben scheint. Je mehr die sozialen und ökologischen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung von den Menschen als Zumutung empfunden werden und das neoliberale Projekt dabei in Frage gestellt wird, desto dominanter ist die Regierungsantwort zur Aufrechterhaltung des neoliberalen Prinzips. Gleichzeitig verfestigt die Schwäche der gesellschaftlichen Linken beim Formulieren einer glaubwürdigen Antwort auf diese Widersprüche das politische Interregnum. Diese Entwicklung begünstigt die Entstehung einer rechten Rebellion von unten, die es Teilen der herrschenden Klasse erlaubt, das gesellschaftliche Kräftegleichgewicht autoritär aufzulösen.

„Findet eine autoritäre Menge keine neuen Reize, kann sie auch schnell wieder zerfallen“ (Nachtwey 2016, 223), hatte Nachtwey auf dem Höhepunkt der Pegida-Demonstrationen geschrieben. Doch die sich aus ökonomischen, sozialen, politischen und ökologischen Widersprüchen bestehende Vielfachkrise stellte die gesellschaftliche Linke weltweit vor immer neue Herausforderungen und gab

autoritären Bewegungen in immer kürzerer Zeit neue Anreize: Die sich in den letzten Jahren zur drohenden Klimaapokalypse verdichtende Klimakrise ebenso wie die Corona-Pandemie, die sich auf der Grundlage unterfinanzierter Gesundheitssysteme zu einer bedrohlichen Gesundheitskrise ausgewachsen hatte, und natürlich die darauffolgende Rezession, die neue soziale Unwägbarkeiten schuf. Die aktuelle Energiekrise mit steigenden Preisen und einer unkalkulierbaren Versorgungsunsicherheit kann, wenn sie nicht über neue verteilungspolitische Maßnahmen sozial gerecht aufgelöst wird, die subjektiven Krisenerfahrungen vieler Menschen weiter dynamisieren.

Wir sind also weniger mit einem neuen globalen Autoritarismus konfrontiert. Vielmehr globalisiert sich der Aufstieg autoritärer Präsidenten. Dieser vollzieht sich als politischer Prozess, der sich global abbildet und seine Dynamik aus einer sozialen und politischen Polarisierung bezieht, die in antiautoritärem, linkem ebenso wie in einem wachsenden autoritär-populistischen Protest ihren Ausdruck findet. Beide agieren nicht im luftleeren Raum, sondern in einem Kapitalismus, der ebenfalls zunehmend autoritär-nationalistische Formen annimmt. Für Nachtwey ist es die Abstiegsgesellschaft, die die Wohlstandsversprechen der Nachkriegszeit nicht mehr einhält und dadurch den Boden bereitet für die neue Konjunktur autoritärer Bewegungen. „...regressive Modernisierung und postdemokratische Politik (könnten) zu einer autoritären Strömung führen, die sich der liberalen Grundlagen unserer Gesellschaft entledigt. Diese Gefahr ist der böse Zwilling des demokratischen Aufbegehrens, genährt von einer Mixtur aus antidemokratischen und religiös-identitären Ressentiments“ (ebd., 233). In dieser Betrachtung wird das Heranwachsen autoritärer Bewegungen zur Antwort auf die progressiven Anti-Krisen-Proteste, die sich seit 2010 herausbildeten. Sie waren ein inspirierender Aufschwung linker Bewegungen, der sich zeitweise sogar in linken Regierungsprojekten ausdrückte und die neoliberale Hegemonie in Frage stellte. Ein Teil der bürgerlichen Klasse reagierte auf dieses neue Kräftegleichgewicht im politischen Raum mit einer Abspaltung nach rechts (Demirović 2018, 29). Das Heranwachsen des „bösen Zwillinges“ zu einer global sichtbaren autoritären Strömung war also eine Reaktion auf die weltumspannenden Protestbewegung, die seit 2010 als zugespitzter Kampf um eine neue systematische Ordnung geführt wurde (Wallerstein 2014, 616).

Die Rolle der Gewerkschaften

Bereits Anfang der 2000er Jahre war die US-amerikanische Soziologin Beverly Silver der Frage nachgegangen, ob es den Herrschenden erneut gelänge, die ge-

sellschaftlichen Widersprüche durch Kriege zuzudecken und emanzipatorische Kämpfe abzublocken. Dabei wies sie den lohnabhängigen Klassen eine aktive Rolle zu, „ein erneutes Versinken der Welt in jahrzehntelangem Krieg und Massenmorden“ zu verhindern (Silver 2005, 10). Knapp fünfzehn Jahre später, im Herbst 2019, erschien an der Universität Oslo eine bemerkenswerte Studie, die herausfand, dass Demokratieproteste in den letzten einhundert Jahren vor allem dann erfolgreich waren, wenn sie sich mehrheitlich aus der städtischen Mittelschicht und Industriearbeitern zusammensetzten. Mit diesem Ergebnis leistet die Studie einen wichtigen Beitrag für die strategische Diskussion um sozialen Protest – sie macht historisch belegbar, dass soziale Bewegungen für die eigenen Durchsetzungsstärke Klassenorganisation brauchen (Dahlum u.a. 2019).

Wirft man nun einen Blick auf die Proteste der letzten Jahre, so war die Rolle der Gewerkschaften darin durchaus widersprüchlich. Obgleich es im Zuge der Anti-Krisen-Proteste auch ein „Comeback von Arbeitskämpfen“ (Nowak u.a. 2018, 2) gab, waren Gewerkschaften selten die Initiatoren eines breiteren, gesellschaftlichen Protestes. In Tunesien etwa war es die prekarierte Jugend, die den Aufstand gegen Ben Ali initiierte. In Hong Kong standen Schüler und Studenten am Anfang der Regenschirmproteste. In Chile blockierten Mittelschüler aus Protest gegen die Fahrpreiserhöhung die Metroeingänge in Santiago und provozierten damit, dass wenig später das halbe Land auf die Straße ging. Und auch in Südeuropa standen am Anfang die Platzbesetzungen, ehe sich der Protest zu einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung auswuchs. Überall waren es zum Teil gut ausgebildete, in vielen Fällen aber prekarierte junge Menschen, die den Protest gegen eine Wohlstandsverteilung, die viele als ungerecht empfanden, auf den Weg brachten. Es war zudem die „Perspektivlosigkeit vieler junger Leute, deren Bildungsabschlüsse sich nicht in Wohlstand und Prestige umsetzen lassen. Oder aber die Angst vor dem sozialen Abstieg“ (Kormann 2020). Mit Fridays for Future wurde zudem die Angst junger Menschen vor der planetarischen Zerstörung sichtbar. Und Bewegungen wie #metoo und BLM zeigten die geringe Bereitschaft, Stigmatisierung, Unterdrückung und Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe oder Geschlecht unwidersprochen hinzunehmen.

Obwohl die Gewerkschaften nirgends zu den Protestinitiatoren gehören, gewinnen die sozialen Bewegungen an gesellschaftlicher Breite und bekommen eine Durchsetzungsperspektive, sobald Gewerkschaften zur Teilnahme daran aufrufen. In Hong Kong folgten 350.000 Beschäftigte dem Aufruf zum Generalstreik. Der Streik beförderte eine Aktionsallianz zwischen den abhängig Beschäftigten und der protestierenden Jugend, schuf gemeinsame Protestbegegnungen und führte zu kollektiven Protesterfahrungen (Au 2020, 156 ff.).

In der Folge kam es zu den größten und intensivsten Protesten, die Hong Kong seit Jahren gesehen hatte. In Tunesien wirkte die Teilnahme des Tunesischen Gewerkschaftsbundes (UGTT) an den Demonstrationen gegen Ben Ali nicht nur mobilisierend, sondern half der Jugend, ihre Anliegen durchzusetzen. Ein Blick nach Uruguay zeigt zudem, dass Gewerkschaften an diesen gesellschaftlichen Bündnissen wachsen können. Dem Gewerkschaftsbund PIT-CNT gelang es während der 15-jährigen Regierungszeit des linken Parteienbündnisses Frente Amplio nicht nur, seine Mitgliedschaft mehr als zu verdreifachen (Dickson 2019b), sondern auch Arbeits- und Lebensbedingungen durchzusetzen, die im lateinamerikanischen Vergleich beispiellos waren. „Die arbeitnehmerfreundliche Politik der FA-Regierungen hat die Gewerkschaften in einem Maße gestärkt, dass gegen sie keine Regierung Politik wird machen können. Dies ist der größte Garant gegen die Unterwanderung des Prinzips der Kollektivverhandlung und sozialpolitische Kahlschläge“ (Sperling 2019).

Zu beobachten ist weltweit eine Zunahme von Streikbewegungen (Nowak u.a. 2018, 4), ob allerdings von einer Verschiebung dieser Streiks aus den industriellen Zentren in die Länder des Südens zu beobachten ist, wie Nowak feststellt, muss hinterfragt werden. Das Statistische Jahrbuch der ILO weist für den Zeitraum 2010–2018 in Südafrika und den Philippinen ebenso eine wachsende Zahl von Streiks auf wie in Dänemark, Finnland und Deutschland. Gleichzeitig haben die Streikaktivitäten in Kanada ebenso abgenommen wie in Argentinien, Mexiko und Peru (ILOSTAT Statistics on work stoppages, 2019). Richtig ist: Krisen und Rezessionen führen zu Angriffen auf Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen und deshalb auch zu einem Anstieg von Streiks. So wiesen die Statistiken zum Zeitpunkt der Eurokrise im Großteil Europas einen signifikanten Anstieg (ebd.) vor allem im Bereich des öffentlichen Dienstes auf, was wesentlich daraus resultierte, dass im Zuge der Krisenbearbeitung der strukturelle Einfluss des Kapitals auf das Regierungshandeln zugenommen hatte (Wilde 2012, 6).

Gerade die Eurokrise hat gezeigt, dass auch in den industriellen Zentren die gewerkschaftlichen Machtressourcen zunehmend unter Druck geraten. Aber die schärfsten Angriffe auf die Organisationsmacht der Gewerkschaften finden noch immer in den Ländern der Peripherie statt. So wurden 2021 Lohnabhängige in Afrika in 95 Prozent aller Fälle vom Recht auf Gründung von und am Beitritt zu Gewerkschaften gehindert (ITUC 2022). Ein derartiger Angriff auf die wichtigste gewerkschaftliche Machtressource, das Recht sich zusammenzuschließen und zu organisieren, kann zu einer Zunahme von Kämpfen um das Recht auf Organisierung führen, macht aber eine Verschiebung der Streikaktivitäten in der Größenordnung wie Nowak sie beschreibt, wenig wahrscheinlich. Vor diesem

Hintergrund muss auch die Berichterstattung über den Streik in Indien, der im Januar 2020 mit einer Viertel Million Teilnehmern nicht nur der größte Generalstreik in der Geschichte des Landes war, sondern auch als der größte Streik in der Weltgeschichte bezeichnet wurde, hinterfragt werden. Der zur autoritären und neoliberalen Transformation Indiens forschende Wissenschaftler Eschmann verweist stattdessen auf eine Reihe anderer sozialer Bewegungen, die in den letzten Jahren Hunderttausende gegen den autoritären Hindunationalismus der Regierung Modi auf die Straße mobilisierten. Darunter die 300.000 Bauern, die von Haryana und Punjab nach Neu-Dehli marschierten, um eine Rücknahme der neuen Landwirtschaftsgesetze zu erzwingen und sich auf diesem Wege heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei lieferten, während der Generalstreik von 2020 in der Tat ein Massenstreik gewesen sei, aber in der überwiegend linken Berichterstattung hinsichtlich seiner Größe und Wirkmächtigkeit stark überbewertet wurde (Eschmann 2020).

Für die Länder des globalen Nordens war nach 2011 zu beobachten, dass in einigen Industrieländern wie den USA, Großbritannien, Spanien, Irland, Portugal oder Frankreich linke Parteien oder Kandidaten neuen Rückhalt gewannen, was einerseits Ausdruck der neuen sozialen Bewegungen war, andererseits die Politisierung von Streiks beförderte. Die Erfahrungen, die junge politische Organizer in der Präsidentschaftskampagne für Bernie Sanders 2016 gesammelt hatten, wurden zu einer Grundvoraussetzung für die Politisierung der Lehrerstreiks zwei Jahre später (Blanc 2019, 103 ff.). In den Ländern des Südens hingegen fanden Streiks in einem politischen Vakuum statt und führten zu teils heftigen Auseinandersetzungen mit dem Sicherheitsapparat rechtspopulistischer Regierungen. Insgesamt muss festgehalten werden: Es gab in den ersten zwei Dekaden des 21. Jahrhunderts einen Aufschwung von gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Protesten. Das Verbindende zwischen beiden Bewegungen ist der Kontext, in dem sie standen: Beide Bewegungen waren Teil der großen Protestrebellionen gegen die Auswirkungen der Krise. Die Gründe für ihr Scheitern sind vielfältig und auf Fragmentierung gesellschaftlicher Protestgruppen (wie in Deutschland), die Institutionalisierung des Protests in Gestalt linker Regierungen (wie in Griechenland) und auf Repression (wie in der Türkei, Brasilien, Argentinien, Indien oder China) zurückzuführen. In anderen Fällen erschütterten Gegenrevolutionen wie in Ägypten oder Bürgerkriege wie in Syrien die Hoffnungen auf einen progressiven gesellschaftlichen Wandel (Nowak u.a. 2018, 5).

Forschungsleitende Fragen und zusammenfassende Beobachtungen

Die vorliegende Studie wirft einen Blick auf das Wechselspiel von Protest, wachsendem Autoritarismus und gewerkschaftlicher Mobilisierungsfähigkeit. Dabei liegt ihr die Annahme zu Grunde, dass Proteste gegen den drohenden Klimakollaps, gegen explodierende Mieten, die wachsende Kriegsgefahr, steigende Lebensmittelpreise, für einen bezahlbaren Nahverkehr oder gegen die galoppierenden Energiekosten längst keine gesellschaftlich isolierten Ein-Punkt-Bewegungen mehr sind, sondern Reaktionen auf eine immer tiefer werdende multiple Krise des Kapitalismus. Ihre Themen reichen weit in die Mitgliedschaft der Gewerkschaften hinein und müssen sich dort mit deren konventionellen Brot-und-Butter-Kämpfen verbinden. Um eine Durchsetzungsperspektive zu generieren, müssen sie einen gemeinsamen Kompass entwickeln und dabei auf die gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Augen der Lohnabhängigenklasse und deren Familien blicken. Es ist kein Zufall, dass autoritäre Politik vielerorts zuvorderst mit der Einschränkung gewerkschaftlicher Handlungsunfähigkeit verbunden ist. Für die Durchsetzungstärke sozialer Bewegungen ist es daher wesentlich, wie die Organisationen der Lohnabhängigen agieren, unter welchen Umständen sie ihre Lohnkämpfe organisieren müssen, was sie daran hindert, die sozialen Auseinandersetzungen offensiv zu führen, aber auch wieviel Kraft und Selbstbewusstsein sie beziehen, wenn es ihnen gelingt, aus der Defensive herauszukommen.

Es bleibt ein besonderer Verdienst des Forschungsteams um Klaus Dörre, dass die Gewerkschaftsforschung sich vor einigen Jahren mit der Entwicklung des Machtressourcenansatzes aus der Umklammerung pessimistischer Diskurse herauslösen konnte. Dörre und sein Team untersuchten Gewerkschaftshandeln unter den Bedingungen der Globalisierung neu. Dabei systematisierten sie die gewerkschaftlichen Machtressourcen als strukturelle Macht, Organisationsmacht, gesellschaftliche Macht und institutionelle Macht. Auf dieser Grundlage begründeten sie, dass gewerkschaftliche Gegenmacht unter den Bedingungen der Globalisierung eine Strategieveränderung vornimmt und sich dadurch neue Handlungsräume erschließt.

Die vorliegende Studie fragt danach, ob dies auch für gewerkschaftliches Agieren unter autoritär eingeschränkten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gilt. Wie verändert sich Gewerkschaftsmacht oder -ohnmacht unter den Bedingungen eines wachsenden Autoritarismus? Wie wirken sich repressive Union Busting-Praktiken, wie wir sie aus den USA kennen, auf die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit aus? Wie stark war gewerkschaftliche Gegenmacht unter den

Bedingungen der Militärdiktatur in Tunesien? Wie gelang es der UGTT trotzdem nach strategischen Möglichkeiten zu fragen und das Gelegenheitsfenster des Arabischen Frühlings zu nutzen, um den demokratischen Wandel zu unterstützen? Und wie beeinflusst die vollständige Vorenthaltung von Organisationsmacht in China das Klassenhandeln der Lohnabhängigen, das dennoch stattfindet? Als vorläufiges Fazit kann festhalten werden: Einen Automatismus dafür, dass Gewerkschaften – weder unter den Bedingungen eines globalen Unterbietungswettbewerbs noch unter denen eines wachsenden Autoritarismus – in defensive Krisen geraten, die sie handlungsunfähig machen, gibt es nicht. Der inspirierenden Beobachtung des Machtressourcenansatzes, dass Gewerkschaften nicht nur stark oder schwach sind, sondern über mehr als eine Machtressource verfügen und eine strategische Wahl treffen können, folgt diese Studie. Die aktive Rolle, die Lohnabhängigenorganisationen unter den autoritären Rahmenbedingungen spielen können, wird deshalb hier anhand von sieben Länderstudien diskutiert. Diese Reflexion über die strategische Bedeutung der Lohnabhängigenklasse in der Gemengelage aus Krise, Protest und dem Aufstieg des Autoritarismus kann in den folgenden drei Beobachtungen zusammengefasst werden:

1. *Globaler Aufstieg des Autoritarismus:* Autoritäre Politiksysteme sind unterschiedlich. Sie umfassen exekutive und obstruktive Handlungsmuster politischer Institutionen wie dies in der Bearbeitung der Finanzkrise in Europa zu beobachten war. Sie umfassen aber auch den Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen, deren Führungspersonal in der Regierung zum eigenen Machterhalt einen autoritären Staatsumbau einleitet. In beiden Fällen ist das Ziel der eigene Machterhalt, und im Zentrum des politischen Handelns steht die Stillstellung von Lohnabhängigenmacht. Im Fokus der Angriffe auf die Gewerkschaften steht dabei vor allem die institutionelle Macht.
2. *Globaler Protestzyklus:* Er formiert sich als Antwort auf die Zumutungen neoliberaler Politik. Privatisierungen, Fahrpreiserhöhungen, die Abschaffung von Tarifverträgen oder die verschleppte Dekarbonisierung werden weltweit zu Protestmotiven. Diese gehen überwiegend von der teils gut ausgebildeten, aber prekarierten Jugend aus. Zu Momenten ihrer Prekarisierung wurden in den letzten Jahren auch die Angst vor der Klimazerstörung und Erfahrungen politischer Diskriminierung. Gewerkschaften spielen dabei selten eine initierende oder treibende Rolle, aber wenn sie ihre Mitglieder zur Teilnahme an den Protesten aufrufen, wirkt dies mobilisierend und verstärkend. Die Proteste gewinnen an Durchsetzungsstärke.
3. *Rolle der Gewerkschaften:* Auch wenn Gewerkschaften nirgends zum Protestinitiator werden, bestimmt sich ihr Handeln unter autoritären Bedingun-

gen in der Regel durch einen sicheren Klasseninstinkt. Unabhängig von der Ausformung des autoritären Systems: Gewerkschaften sind immer im Visier des Autoritarismus, sie sind nie seine Komplizen und wenn sie sich an den Protesten beteiligen, gewinnen diese an Durchsetzungsstärke. Dabei ist es vor allem die gegenseitige Durchdringung von neoliberaler und autoritärer Politik, die gewerkschaftliche Machtressourcen unter Druck bringt, andererseits aber auch mobilisierend wirken kann. Das muss sie für soziale Bewegungen zum zentralen Bündnispartner in der Auseinandersetzung mit autoritärer Politik machen.

Aufbau der Studie

Die Studie beginnt mit einem Blick auf den globalisierten Autoritarismus und seine Ursachen. Darin wird nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden, nach der sozialen Basis und den Folgen für das politische System gefragt, um schließlich zu diskutieren, wie sich die Gesellschaften unter dem Eindruck der Coronapandemie verändert haben. Ein zweiter Blick gilt dem globalen Protestzyklus. Hier werden die Bedingungen umrissen, unter denen gewerkschaftliches Handeln stattfindet – mit welchen Schwierigkeiten sind Gewerkschaften im allgemeinen und ganz grundsätzlich konfrontiert? Die Motive, die bis 2020 das neue globale Protestgeschehen auslösten, sind nicht verschwunden. Sie haben sich in Folge der Pandemie weiter verschärft. Wo steht der globale Protest nach über zwei Jahren Pandemie und welche Rolle spielen die Gewerkschaften?

Schließlich wird diese Betrachtung in sieben Länderstudien vertieft. Welche Beziehung gehen autoritäre Politiktechniken und gewerkschaftliches Handeln auf einer ausgewählten nationalen Ebene miteinander ein? Was sind die Besonderheiten autoritärer Politikmuster und nach welcher Machtressource greifen die Gewerkschaften aus welchem Grund?

Für die Auswahl der Fallbeispiele waren drei Kriterien wesentlich: Es gibt erstens eine besondere nationale autoritäre Entwicklung. Diese wird zu Beginn einer jeden Länderstudie ausführlich dargestellt. Es gibt zweitens gewerkschaftliches Handeln im Zeitraum der letzten zehn Jahre, das im Kontext der Krisenproteste steht und dazu ins Verhältnis gesetzt werden kann. Dabei ist zu beachten: Wie die meisten Organisationen sind auch Gewerkschaften Produkt und Speicher vergangener Kämpfe. Kollektive Erfahrungen entscheiden über die Wahl der strategischen Mittel mit. Die Betrachtung der aktuellen Machtressourcen kommt deshalb nicht ohne einen historischen Rückblick und die politische Einordnung auf der Grundlage vergangener Erfahrungen aus. Das dritte Kriterium war der

Wunsch nach globaler Vielfalt, die durch regionale Ausschnitte hergestellt werden sollte. Die Länderbeispiele erstrecken sich daher bewusst auf die Kontinente Europa, Asien, Afrika, Nord- und Südamerika.

Für Europa wurden die Beispiele Ungarn und Griechenland herausgegriffen, weil beide Länder zeigen, dass sich der autoritäre Kapitalismus nicht nur durch den Aufstieg autoritärer Bewegungen beschreiben lässt, sondern auch durch die Aushöhlung der Demokratie auf der Grundlage der Durchsetzung von Wettbewerbsorientierung, Marktradikalismus und sozialer Spaltung. Je stärker das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts dem Kampf um das Primat der Ökonomie ausgesetzt war, desto mehr leitete die Hegemonie des Neoliberalismus auch für die Demokratie eine schleichende autoritäre Wende ein, die mit der globalen Finanzmarktkrise schließlich zur Herausbildung eines neuen Typus des autoritären Kapitalismus führte (Deppe 2013, 11).

Griechenland kann als Musterbeispiel für die technokratische Dominanz betrachtet werden, mit der die Eurogruppe ein Schuldenmemorandum mit einer gewählten Regierung auf der Basis eines Machtungleichgewichts „aushandelte“. Nirgendwo in Europa wurde das Spannungsverhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie so ausgereizt wie in Griechenland. Dabei gingen die Angriffe auf die Klasse der Lohnabhängigen deutlich weiter, als sich dies beispielsweise für die autoritäre Regierung in Ungarn feststellen lässt.

Dagegen hält sich in *Ungarn* die Regierung Orbán seit 2010 mit hohen Zustimmungsraten im Amt. Ihre Politik ist eine Mischung aus neoliberalen Angriffen, antineoliberaler Wirtschaftspolitik, Law and Order und rechtspopulistischer Rhetorik. Hinzu kommen die systematische Abschaffung rechtsstaatlicher Prinzipien und das zeitweise Aussetzen parlamentarischer Kontrolle im Zuge der Corona-Pandemie. Die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit wurde seit 2010 durch Eingriffe ins Streik- und Arbeitsrecht und eine Beschränkung des sozialen Dialogs abgebaut.

Der Machtverlust einstmals großer und mächtiger Industriegewerkschaften in den Ländern des industriellen Nordens ist wohl nirgendwo so präsent wie in den *USA*. Die Ursachen sind komplex und umfassen eine Reihe ideologischer, politischer und ökonomischer Attacken gegen die Gewerkschaften. Eine hohe Arbeitslosigkeit und die zunehmende Prekarisierung des US-amerikanischen Arbeitsmarktes schwächten zudem die Marktmacht der Beschäftigten und disziplinierten die Belegschaften.

Chile wiederum ist das radikalste Beispiel für den neoliberalen Veränderungsdruck in Lateinamerika. Ein verfassungsrechtlicher Rahmen für weitreichende

Deregulierungen und die politische Verfolgung der Gewerkschaften demobilisierten die Lohnabhängigenklasse während der Militärjunta. Die gesellschaftliche Erschöpfung schlug 2019 in die größte Revolte um, die Chile bis dahin gesehen hatte. In der Folge stürzte auch die neoliberale Verfassung und machte den Weg frei für einen Neuanfang. Die Gewerkschaften, deren Machtressourcen sich auch historisch stets in Abhängigkeit zur Zivilgesellschaft zeigten, spielten dabei eine wesentliche Rolle.

Die UGTT war 2011 eine zentrale, machtvolle Akteurin in der Revolution und mehrdimensional in die Umbruchsituation *Tunesiens* eingebunden. Dabei war sie sowohl Teil der zahlreichen konfliktorientierten Auseinandersetzungen mit der Regierung, als auch führende Kraft in den konfliktlösenden Verhandlungsinitiativen nach dem Sturz Ben Alis. Eingeschnürt in das komplexe Verhältnis von Ordnungsmacht und Gegenmacht ist sie noch immer die größte landesweite Organisation, deren ausgeprägte Machtressourcen in einer Wechselwirkung zueinander stehen und abhängig von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abgerufen werden können.

Die Gewerkschaften in *Südkorea* waren lange in eine am japanischen Modell orientierte nationale Industrialisierungskonzeption eingebunden, die auf dem Fundament hierarchischer Unternehmensstrukturen stattfand und durch den Staatsapparat abgesichert wurde. Diese Konzentration auf quantitatives Wachstum bei gleichzeitigem Ignorieren des sozialen Wandels verfiel schließlich in ihren Widersprüchen, innerhalb derer die Gewerkschaften die gewaltsame Unterdrückung ihrer Handlungsfähigkeit durch gesellschaftliche Machtressourcen kompensierten. Dass nach dem Sturz der Militärdiktatur Regierung und Arbeitgeber in der Verteilungsfrage nachgiebiger wurden, in der Machtfrage aber unnachgiebig blieben und gewerkschaftliches Engagement weiterhin unterdrückten, beschreibt das Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Kapitalismus unter den Bedingungen wachsender Konkurrenz.

In der Untersuchung autoritärer Politik nimmt *China* eine Sonderrolle ein. Das Land passt weder in den Analyserahmen des autoritären Populismus noch in den des autoritären Etatismus. Vielmehr wurde unter Beibehaltung autoritärer gesellschaftlicher Strukturen eine rasante Beschleunigung ökonomischer Entwicklung in Gang gesetzt. Dieser Prozess ging mit ernststen sozialen Konflikten einher. Seit den Protesten auf dem Tian'anmen-Platz 1989 bemüht sich die KPCh darum, die sozialen Widersprüche durch Sozialprogramme und eine autoritäre Regulierung der Arbeitsbeziehungen abzufedern. Dabei versucht sie, die Klasse der Lohnabhängigen in einem künstlichen Zustand politischer Handlungsunfähigkeit zu belassen. Auch hier steht eine zunehmende Elastizität in Vertei-

lungsfragen einer unnachgiebigen Haltung in Machtfragen gegenüber. Dabei kompensieren die Lohnabhängigen die fehlende Organisationsmacht durch eine gestiegene Marktmacht und eine ausgeprägte Produktionsmacht.

Abschließend sei auf den ehemaligen Generalsekretär der Internationalen Gewerkschaft der Lebensmittelarbeiter (IUF), Dan Gallin, verwiesen, der 2003 auf dem Höhepunkt der globalisierungskritischen Bewegung eine Einordnung gewerkschaftlicher Gegenwehr und ihrer Bedeutung für den wachsenden globalen Protest vornahm:

„Wir stehen einem weltweiten Angriff auf unsere Errungenschaften in einer Weise gegenüber, wie wir dies noch nie zuvor erlebt haben. In den Industrieländern wird der soziale Schutz zurückgebaut. Demokratische Rechte und die Rechte der Gewerkschaften erodieren. Die übrige Welt bleibt in der Armutsfalle gefangen, durch Repression aufrechterhalten und ohne Aussicht auf ein Entkommen. (...) Wie also bringen wir eine andere, eine bessere Welt auf den Weg? Indem wir uns keinen Illusionen darüber hingeben, dass wir mächtigen und rücksichtslosen Gegnern gegenüberstehen. Sie herauszufordern, bedeutet Krieg. Wir sollten uns darüber bewusst sein: Wir sind in einem Krieg, in einem Krieg, den wir nicht gewinnen können ohne die breitestmöglichen Bündnisse“ (Gallin 2014, 108).

Gallins Mahnung liegt fast zwanzig Jahre zurück. Die Welt hat sich weitergedreht. Dabei haben die Widersprüche von 2003 nicht nur zugenommen, sondern es sind neue, systematische Widersprüche hinzugekommen. Die Herrschenden haben sowohl die Ausbeutungsbedingungen, als auch die Formen politischer Unterdrückung verschärft. Repressionsapparate wurden ausgebaut. Klimakrisen spitzen sich seit geraumer Zeit zu, und die Gefahr eines dritten Weltkrieges nimmt nicht ab, sondern zu. Dan Gallin hat ein Leben lang als Gewerkschafter für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen gestritten, er wusste um die Kraft, die Disziplin, den Stolz und das Selbstbewusstsein von Lohnabhängigen, wenn sie als Klasse agieren. Auch deshalb hat er wiederholt gesagt: Im Kampf um eine andere Welt können weder linke Parteien noch soziale Bewegungen auf Wurzeln in der Arbeiterklasse verzichten. Diesem Gedanken ist die vorliegende Studie gewidmet.

Ulrike Eifler
August 2022